# Vormittags-Ausgabe.

## Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

| 3. Jahrg. 1936 | Berlin, Donnerstag, 3. Dezember | Nr. 1620 |
|---|---|---|


UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY DEC 18 1936

**Zwei neue Senatoren in der Danziger Regierung.**

**Danzig, 2. Dezember.** Am Mittwoch nachmittag trat der Danziger Volkstag zu seiner 11. Vollsitzung zusammen.

Zum unbesoldeten Senator für das Gesundheitswesen wurde der Direktor des Städtischen Krankenhauses und der Staatlichen Frauenklinik in Danzig, Oberregierungsmedizinalrat Dr. Erich Großmann, und zum unbesoldeten Senator ohne Geschäftsbereich Staatsrat Dr. Schimmel gewählt. Die Oppositionsparteien und die polnischen Gruppen nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Ferner lagen Anträge der Justizverwaltung des Senats bezw. des Oberstaatsanwalts zur Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung wegen deutschfeindlicher Betätigung gegen einige Abgeordnete der Opposition vor. Diese Anträge wurden mit den Stimmen der NSDAP. angenommen.

**Sir Thomas Inskip über das neue Lebensmittelamt.**

**London, 2. Dezember.** Im Unterhaus äußerte sich Sir Thomas Inskip am Mittwoch über das neu errichtete Lebensmittelamt. Danach wird das Amt eine selbständige Abteilung unter dem Präsidenten des Handelsamtes sein. Seine Hauptaufgabe wird in der Organisierung der Lebensmittel- und Viehfutterversorgung zu Verteidigungszwecken sein. Die Abteilung wird jedoch nicht für die Erzeugung im Heimat für Heimatzwecke verantwortlich sein. Diese Frage wird vielmehr nach wie vor dem Landwirtschaftsministerium unterstehen.

Das Lebensmittelverteidigungsamt wird die Pläne durchführen, die im Kriegsfall für die Heimatverhaltung der Zufuhr und die Kontrolle sowie Verteilung von Lebensmitteln und Viehfuttermitteln vorgesehen sind. Dabei soll selbstverständlich der Umfang der Heimaterzeugung berücksichtigt werden. Mit dem Landwirtschaftsministerium sollen Beratungen über eine weitere Vermehrung der Heimaterzeugung gepflogen werden, wenn sich dies als erforderlich erweist.

**Waffeneinfuhrkontrollplan der britischen Regierung.**

**London, 2. Dezember.** Wie verlautet, wird der Waffeneinfuhrkontrollplan, den die britische Regierung nach dem Mittwoch-Beschluß des Nichteinmischungsausschusses an beide Parteien in Spanien weiterleiten soll, innerhalb der nächsten 24 Stunden nach Madrid und Burgos geleitet werden, und zwar wird die Regierung in Burgos den Plan durch Vermittlung des in London befindlichen britischen Botschafters Sir Henry Chilton zugeleitet erhalten, während die Regierung in Madrid ihn durch den britischen Geschäftsträger Ogilvie Forbes erhalten wird.

Im Ausland verbreitete Gerüchte, daß die britische und französische Regierung gemeinsam einen Schritt unternommen hätten, um zwischen den beiden Parteien in Spanien zu vermitteln, werden an amtlicher Stelle in Abrede gestellt.

**Frankreichs Flottenbauprogramm.**

**Paris, 2. Dezember.** Im Marineausschuß der Kammer erklärte der Kriegsmarineminister, daß Frankreichs neues Flottenbauprogramm bis 1943 die Indienststellung von fünf Linienschiffen zu je 35 000 Tonnen und von zehn Kreuzern zu je 10 000 Tonnen vorsehe. Die Baukosten würden 10 Milliarden Franken betragen, die auf vier Jahre verteilt werden sollen.

**Stellvertretender Leiter der Sowjet-Staatsbank in Paris.**

**Paris, 3. Dezember.** Der stellvertretende Leiter der sowjetrussischen Staatsbank, Swanidze, Mitglied des Finanzausschusses des Völkerbundes, ist in Paris eingetroffen. Am Donnerstag abend veranstaltet der Gouverneur der Bank von Frankreich ihm zu Ehren ein Essen.

**Luftfahrthaushalt von der Kammer angenommen.**

**Paris, 2. Dezember.** Vor dem Finanzausschuß der Kammer legte am Mittwoch nachmittag Luftfahrtminister Cot den gegenwärtigen Stand der französischen Militärluftfahrt dar. Er stellte fest, daß die französische Militärluftfahrt im Vergleich zu der der übrigen Länder auf durchaus befriedigender Höhe stehe, und machte schließlich eingehende Angaben über die Bedingungen, unter denen die Rationalisierung der Flugzeugfabriken durchgeführt worden sei, wobei gleichzeitig eine industrielle Dezentralisation und eine Reorganisierung der Luftfahrtindustrie erfolgt sei.

Der Finanzausschuß der Kammer nahm hierauf die Kapitel des Haushaltsplanes, die die Luftfahrt betreffen, an.

**Neuer Pressechef der österreichischen Regierung.**

**Wien, 2. Dezember.** Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Bundeskanzler Dr. Schuschnigg den Vorstand des Bundespressedienstes Gesandten Eduard Ludwig auf dessen Ansuchen vom Amt des Bundespressechefs enthoben. Minister Ludwig wurde zur persönlichen Disposition des Bundeskanzlers gestellt und gleichzeitig zum Präsidenten der Oesterreichischen Pressekammer ernannt. Der Bundeskanzler hat diese Gelegenheit benutzt, um dem scheidenden Pressechef den Dank und die Anerkennung der österreichischen Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen.

Mit der Stellung des Vorstandes des Bundespressedienstes wurde Bundeskommissar für den Heimatdienst Oberst a. D. Walter Adam betraut, wobei gleichzeitig die gemeinsame Führung des Bundespressedienstes und des Heimatdienstes unter gewissen organisatorischen Veränderungen vorgesehen ist.

**Der österreichische Finanzminister über den Staatshaushalt.**

**Wien, 2. Dezember.** Der österreichische Staatsvoranschlag für das Jahr 1937 soll nunmehr im Bundestag endgültig verabschiedet werden.

Der Finanzminister leitete die Beratungen mit einem längeren Referat ein, indem er nochmals in großen Umrissen die österreichische Finanzpolitik rechtfertigte. Er erklärte, daß der Staatshaushalt im großen und ganzen ausgeglichen sei. Der Außenhandel nehme seit August d. J. eine günstigen Verlauf, nachdem er im Juni infolge Abreißens einer bestimmten Konjunktur einen Rückschlag erlitten habe.

Die Steigerung des Außenhandels von 1933 bis 1934 habe bereits den Betrag von 185 Millionen Schilling oder 11½ v. H. des Ausgangsstandes erreicht. Die Steigerung des Außenhandelsvolumens sei überwiegend auf die Erhöhung der Ausfuhr, und zwar hauptsächlich von Fertigwaren, und nur in geringerem Umfang auf die Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigwaren, zurückzuführen. Das Bilanzpassivum nehme ständig ab und sei von seinem Höchststand von 1477 Millionen im Jahre 1924 auf 225 Millionen in den ersten zehn Monate des laufenden Jahres zurückgegangen.

Vom Anschluß der Abmachungen mit dem Deutschen Reich vom 11. Juli sei zweifellos eine weitere Belebung zu erwarten.

**Die Not der Sudetendeutschen vor dem Abgeordnetenhaus.**

**Prag, 2. Dezember.** In der Aussprache über den Staatshaushalt ergriffen am Mittwoch im Prager Abgeordnetenhaus eine Reihe von Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei das Wort.

Der Vorsitzende des Abgeordnetenklubs, Abgeordneter **Kundt**, bezeichnete den innerstaatlichen Zustand der Tschechoslowakei als eine despotische Demokratie der Tschechen. Was nützen, sagte der Redner, Staatsunterstützungen und deutsche Ueberseitungen von amtlichen Zuschriften, wenn es im deutschen Sprachgebiet in der Tschechoslowakei keine deutschen Beamten gibt, wenn die Sudetendeutschen nur Proseminen und keine Arbeitsplätze erhalten, wenn der Wirkungsbereich des Staates bis in die private Wirtschaft und Kultur eingreift. Wenn über das geistige und wirtschaftliche Schicksal der Sudetendeutschen Tschechen und Nichtdeutsche entscheiden, dann nützt selbst die kulturelle Autonomie nichts mehr.

Abgeordneter Dr. **Köllner** kennzeichnete in scharfen Worten die Methoden der Verwaltungsbehörden im sudetendeutschen Gebiet. Er wies an Hand von Beispielen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und die gesetzwidrigen Redneerlzenen nach. Dr. Köllner brachte eine große Anzahl von Beweisen für die gegenwärtig im sudetendeutschen Gebiet gehandhabte Prügelmethode von Polizei und Gendarmerie und bezeichnete das Wirken der sich als Kolonialoffiziere und Kolonialtruppen führenden Staatsbürgerne als verhängnisvoll für die inner- und außenpolitische Entwicklung.

Abgeordneter Karl Hermann **Frank** sprach über die tschechoslowakische Auslandspropaganda und wandte sich dagegen, daß von amtswegen Broschüren an alle auswärtigen Aemter und Gesandtschaften versandt werden, deren Angaben nach den Behauptungen des Redners mit den amtlichen Daten des tschechoslowakischen statistischen Staatsamtes nicht übereinstimmten.

Als letzter Redner der Partei sprach Abgeordneter Dr. Hans **Neumann** über die Methoden der tschechoslowakischen Justiz und über die Unzahl der sogenannten Schutzprozesse gegen Sudetendeutsche und über das Vorrechen der politischen Verwaltungsorgane. Angesichts solcher Verhältnisse könne man ebenso wenig von einer objektiven Justiz der Tschechoslowakei wie von einer bestehenden Demokratie sprechen.

**Senator Wiesner über das Volksgruppenrecht.**

**Posen, 2. Dezember.** In mehreren größeren Kundgebungen sprach Senator Wiesner über das Verhältnis der Volksgruppen zum Staat. Er führte aus, daß es notwendig sei, die Rechte der Volksgruppen als Mittel zur Mitarbeit genau festzulegen und zu umreißen.

„Wir müssen uns", sagte Wiesner, „darüber klar werden, welche Rechte dem Staate und welche der Volksgruppe zustehen. Während in der Verfassung unsere staatsbürgerlichen Pflichten genau bis in die letzten Einzelheiten festgelegt sind, so daß darüber ein Meinungsstreit unmöglich ist, sind unsere völkischen Pflichten und Rechte nur ganz weit umrissen. Sie sind in dem kurzen Satz zusammengefaßt, daß jedem Bürger, der einer nationalen Minderheit angehört, jedes Recht zur freien Entfaltung seiner Eigenart zusteht. Der Mangel einer scharfen Grenzziehung zwischen Staatsbürgerpflichten und völkischen Rechten bewirkt, daß die zugestandene freie Entfaltung nicht annähernd verwirklicht ist. So mußte es kommen, wie es heute ist, daß trotz unseres heißen Bemühens das Verhältnis zum polnischen Volk nicht besser geworden ist, sondern daß die Spannungen eher zugenommen haben."

**Die Organisation der neuen polnischen Regierungspartei.**

**Warschau, 2. Dezember.** Die Warschauer Agentur Prez berichtet am Mittwoch abend, daß die Vorbereitungsarbeiten des Obersten Koc für die Schaffung der neuen Regierungspartei abgeschlossen seien. Zunächst werde allerdings nur eine allgemein gehaltene Erklärung unter der Parole „Alles für den Staat" bekanntgegeben werden.

**Wilnaer Studenten erneut gegen das Judentum.**

**Warschau, 2. Dezember.** In Wilna ereigneten sich erneut Protestkundgebungen der Studenten gegen das Ueberhandnehmen des Judentums. Die Studierenden stellten vor jüdischen Läden Posten auf und veranlaßten die Käufer, ihre Einkäufe in polnischen Geschäften vorzunehmen.

Auch in Lemberg kam es zu Protestkundgebungen der Studentenschaft gegen den Juden, weil sich die jüdischen Hörer weigerten, die ihnen zugewiesenen besonderen Plätze in den Hörsälen einzunehmen.

**Hohe Freiheitsstrafen für litauische Kommunisten.**

**Kowno, 3. Dezember.** In einem großen Kommunistenprozeß in der litauischen Kreisstadt Utena fällte das Kriegsgericht nach achttägiger Verhandlung am Mittwoch abend das Urteil. Von den 53 Angeklagten wurden 28 verurteilt. Der Hauptangeklagte erhielt 10 Jahre Zuchthaus, fünf Angeklagte je 8 Jahre Zuchthaus, die übrigen wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, die sich zwischen 6 Jahren Zuchthaus und 6 Monaten Gefängnis bewegen. 25 Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Die Verurteilten hatten in mehreren Ortschaften Nordlitauens kommunistische Zellen gebildet und unter der Landbevölkerung eine starke staatsfeindliche Propaganda entwickelt.

Außerdem verhandelte das Kriegsgericht noch in einer Anzahl anderer Prozesse gegen Kommunisten, bei denen ebenfalls höhere Zuchthausstrafen verhängt wurden.

**Italienisch-schwedischer Handelsvertrag unterzeichnet.**

**Stockholm, 2. Dezember.** Am Dienstag wurde in Rom zwischen Schweden und Italien ein neuer Handels- und Verrechnungsvertrag unterzeichnet, der mit sofortigem Inkrafttreten das vorübergehende Abkommen vom 5. September abgelöst hat. Der Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 1937 mit automatischer Verlängerung für die Dauer eines Jahres, falls von der dreimonatigen Kündigungsfrist kein Gebrauch gemacht wird.

**Wahlrechtskonferenz des ungarischen Parlaments.**

**Budapest, 2. Dezember.** Die außerordentliche interparteiliche Wahlrechtskonferenz des ungarischen Parlaments trat am Mittwoch zusammen. Die Konferenz setzt sich aus Vertretern sämtlicher Parteien zusammen und umfaßt 25 Abgeordnete.

Die Einberufung dieser Konferenz geht auf einen Vorschlag des verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös zurück und hat im großen die Aufgabe, die Reform des Wahlrechts, die Erweiterung der Machtbefugnisse des Reichsverwesers und die Reform des Oberhauses vorzubereiten. Die Konferenz hat jedoch ausschließlich einen beratenden und begutachtenden Charakter und dient nicht der Vorbereitung praktischer Gesetzentwürfe.

In der Eröffnungsrede erklärte Ministerpräsident Daranyi, die Aufgabe der Konferenz sei eine grundsätzliche Durchberatung der einzelnen Probleme, nicht jedoch die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen.

Er verlas dann im Nachlaß des verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös gefundene Aufzeichnungen, in denen die einzelnen grundsätzlichen Fragen des Wahlrechts aufgezeichnet und insbesondere Garantien im Interesse der Sicherstellung des nationalen und konservativen Gedankens gefordert werden.

**Japan erläutert seinen Schritt in Aethiopien.**

**Tokio, 2. Dezember.** Der Sprecher des Auswärtigen Amts veröffentlicht zusammen mit der Erklärung über die Einrichtung eines Generalkonsulats in Aethiopien eine amtliche Mitteilung, in der es heißt, daß Japan nach aufmerksamer Beobachtung der Entwicklung in Aethiopien und der Stellung der Mitglieder des Völkerbundes den gemeldeten Schritt beschlossen habe. Schon vorher habe Deutschland seine Gesandtschaft aufgelöst und ein Generalkonsulat eingerichtet.

In Verbindung mit dem Beschluß Japans habe Italien eine besondere Berücksichtigung und den Schutz der japanischen Handels- und sonstigen Interessen zugesichert. Deshalb erwarte man, daß demnächst Verhandlungen über die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Japan und Aethiopien eröffnet würden. Obgleich keine Verhandlungen politischer Natur gepflogen würden, sei es dennoch bekannt, daß beide Länder sich sehr bemühten, herzliche Beziehungen durch kulturelle und sonstige Zusammenarbeit zu pflegen.

Abschließend heißt es in der Erklärung, daß Italien und Mandschukuo über die Errichtung eines italienischen Generalkonsulats in Mukden übereingekommen seien, doch habe dies mit der Errichtung des japanischen Generalkonsulats in Aethiopien nichts zu tun.

**General Smuts über die Verteidigung Südafrikas.**

**Pretoria, 3. Dezember.** General Smuts hat zu den Verteidigungsmöglichkeiten der Südafrikanischen Union Stellung genommen. Er erklärte dabei, daß sich die Union zur See nicht selbst verteidigen könne und sich deshalb in dieser Hinsicht auf die britische Flotte verlassen müsse. Zu Lande und in der Luft werde sich Südafrika dagegen selbst zu schützen wissen.

**Roosevelt nach Montevideo weitergereist.**

**Buenos Aires, 2. Dezember.** Nach einem in der amerikanischen Botschaft zu Ehren des argentinischen Präsidenten Justo veranstalteten Frühstück reiste Präsident Roosevelt am Mittwoch nachmittag an Bord des Kreuzers „Indianapolis" nach Montevideo weiter.

**Verschärfung des amerikanischen Hafenarbeiterstreiks.**

**New York, 3. Dezember.** Streikende Seeleute wollten am Mittwoch vergeblich die Ausfahrt des Dampfers „Manhattan" der United States Line behindern. Eine große Menge von Streikenden hatte sich in der Umgebung des Piers zusammengerottet und bewarf die Kraftdroschken, die mit den Fahrgästen eintrafen, mit Steinen. Schließlich wurden mehrere Kraftwagen umgeworfen und Fahrgäste bedroht. Die Ausschreitungen, bei denen mehrere Personen Verletzungen erlitten, dauerten mehrere Stunden an. Die „Manhattan" konnte aber schließlich mit einer Verzögerung von etwa 40 Minuten auslaufen.

Infolge der Weigerung französischer Hafenarbeiter, amerikanische Schiffe in französischen Häfen auszuladen, lehnten es arbeitswillige New Yorker Hafenarbeiter ab, den am Mittwoch angekommenen französischen Dampfer „Champlain" zu entladen. Nur einige leichtverderbliche Frachtgüter wurden von Bord gelassen.

**22 000 sowjetrussische Soldaten bei Madrid.**

**Paris, 3. Dezember. Nach dem Figaro sollen 22 000 Mann sowjetrussische Truppen an der Verteidigung Madrids teilnehmen.**

Das Blatt warnt Frankreich, sich in den skandalösen Betrug der sogenannten spanischen Demokratie hineinziehen zu lassen. Die Sowjet-„Demokratie" sei ein Witz, die mexikanische „Demokratie" sei auch ein Witz und die „Demokratien" in Valencia und Barcelona seien ebenfalls nur Witze, denn das bolschewistische Spanien sei völlig abhängig von der iberischen Anarchistenvereinigung. Die Beratung der 62 — von insgesamt 484 — Parlamentsabgeordneten, die in Valencia zusammengekommen seien, sei unaüllig gewesen, da zur Beschlußfähigkeit die Anwesenheit von einem Drittel aller Abgeordneten notwendig sei.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.